

Kurzsynopse der Oberbürgermeister- Kandidat*innen zur Kommunalwahl Erlangen 2026

Strukturierte Kurz-Synopse auf Basis der beantworteten Wahlprüfsteine des DGB KV Erlangen.

Impressum

Herausgeber:

DGB Kreisverband Erlangen
Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg
www.dgb.de

verantwortlich: Petra Rothe

erarbeitet von: Paul Hummer Redaktion: Paul Hummer

Layout: Paul Hummer

Stand: Frühjahr 2026

Rückfragen:

Paul Hummer

0911 24 91 66

paul.hummer@dgb.de

Inhalt

[Einleitung].....	4
[1. Haushaltsdefizit Stadt Erlangen, Finanzierung der Kommune]	5
[2. Wohnen, Leben und Arbeiten in Erlangen]	6
3. Abgleich mit den Forderungen des DGB Bayern zur Kommunalwahl 2026]	8

[Einleitung]

Der DGB-KV Erlangen hat sich im Vorfeld der anstehenden Kommunalwahl mit aktuellen gewerkschaftlich und gesellschaftlich relevanten Themen der kommenden Amtsperiode in Erlangen beschäftigt.

Dazu hat der DGB-KV Erlanger Bürgermeisterkandidaten und -Kandidatinnen spezifische Fragen aus verschiedenen Themenbereichen (Haushalt und Finanzierung, Leben, Arbeiten und Wohnen in Erlangen) gestellt.

Diese Kurzsynopse stellt einen gekürzten Überblick über die Antworten der befragten Personen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) dar und soll bei der anstehenden Wahl als Entscheidungshilfe für interessierte LeserInnen dienen.

[1. Haushaltsdefizit Stadt Erlangen, Finanzierung der Kommune]

Die Stadt Erlangen Stadt muss, wie die meisten Kommunen, nun im zweiten Jahr in Folge auch 2025 mit deutlich niedrigeren Einnahmen aus Gewerbesteuern und höheren Ausgaben rechnen. Ursachen sind eine zunehmende Belastung durch übertragene Aufgaben von Land und Bund, die wirtschaftlichen Gesamtentwicklungen und zusätzliche Steuerrückzahlungen.

Weil bereits eingegangene Steuern auch für Vorjahre zurückgezahlt werden mussten, erwartet die Kämmererei auch für die kommenden Jahre ein deutlich niedrigeres Aufkommen als zunächst prognostiziert. Nun hat die Stadt Erlangen im Stadtrat einen Haushaltsentwurf für 2026 und eingebracht, und bei der Regierung von Mittelfranken als zuständiger Rechtsaufsichtsbehörde ein entsprechendes Konsolidierungskonzept mit erheblichen Einsparungen vorgelegt.

Die benannten Einsparungen, hier vor allem die geplanten Stellensperrungen, treffen viele öffentliche Bereiche schwer, vor allem aber die Bereiche Bildung, Weiterbildung und Ausbildung, Kinderbetreuung sowie Integration und Sprachförderung von MigrantInnen (Beispiel Wi.L.D.-Initiative). Auch kommt es auf Grund fehlenden Personals zu schlechten Erreichbarkeiten von Dienststellen, besonders schwerwiegend ist dies im Leistungsbereich des SGB II. Einsparungen in diesen Bereichen führen erwiesenermaßen aber zu einer zunehmenden Polarisierung der Stadtgesellschaft und sind so letztendlich langfristig demokratiegefährdend.

Thema	SPD (Janik) 	Linke (Eitel) 	Grüne (Linhart) 	CSU (Volleth) 	FDP (Schulze) 	Freie Wähler (Wirth-Hücking) 
Haus- halts- stra- tegie	Ausgewogene Konsolidierung, Effizienzsteigerung, keine Steuererhöhung, Druck auf Bund/Land.	Gewerbesteuer deutlich erhöhen; Mindestbesatz; Steuerschlupflöcher schließen.	Wirtschaft stärken, Fördermittel intensiv nutzen, keine Gebühren- oder Steuererhöhungen.	Wirtschaftliche Stärke ausbauen, Fördermittel nutzen, keine Steuererhöhungen.	Gewerbesteuer senken; Wirtschaftsreferent; neue Gewerbeflächen.	Einnahmen verbreitern; Fördermittel; Steuererhöhung nur befristet im Notfall.
Wieder- beset- zungs sperre	Aufhebung bei stabiler Haushaltslage; Ausnahmen in sensiblen Bereichen.	Sofort beenden; keine Konsolidierung auf Kosten des Personals.	Aufhebung bei stabilen Finanzen; klare Priorisierung und Digitalisierung.	Sukzessive Aufhebung mit Fokus auf Pflicht- und Sicherheitsbereiche.	Stellenplan prüfen und ggf. reduzieren; freiwillige Aufgaben hinterfragen.	Schrittweise Entlastung in Kernbereichen; Digitalisierung zur Unterstützung.
Gewer- be- steuer	Keine Erhöhung geplant.	Erhöhung auf Münchner Niveau.	Gegen Erhöhung.	Gegen Erhöhung.	Senkung in mehreren Stufen.	Nur befristet als letztes Mittel.

[2. Wohnen, Leben und Arbeiten in Erlangen]

Nach einer neuen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) steigen die Kosten für Mieten, vor allem in Großstädten, deutlich an. Gleichzeitig verteuern sich die Preise für Immobilien stark. Davon betroffen ist auch die Stadt Erlangen als Großstadt mit einem stark belasteten Wohnungsmarkt. Sechs Millionen Mieterinnen und Mieter sind laut Deutschen Mieterbund (DMB) durch hohe Wohnkosten finanziell "extrem überlastet". Wohnen allgemein ist mittlerweile ein Armutsrisiko.

Thema	SPD (Janik) 	Linke (Eitel) 	Grüne (Linhardt) 	CSU (Volleth) 	FDP (Schulze) 	Freie Wähler (Wirth-Hücking) 
Wohnungs- markt	Neubauoffensive; 30%-Quote; Bestandspolitik stärken.	GEWOBAU-Mieten senken; Mietwucher konsequent verfolgen.	Genehmigungen beschleunigen; Leerstand aktivieren.	Nachverdichtung; Baulücken; wirtschaftliche Realisierbarkeit beachten.	„Bau-Turbo“; Grunderhöhung rückgängig machen.	Bodenfonds stärken; sozialgerechte Bodennutzung.
30%-Quote	Bewährt und wird angewandt.	Zu niedrig; Quote erhöhen und Schwelle senken.	Mindestmaß; Fördermittel sichern.	Derzeit wirtschaftlich schwer darstellbar; flexible Lösungen.	Wird eingehalten.	SoBoN anwenden und strategisch einsetzen.
StUB	Konsequente Umsetzung des Bürgerentscheids.	Bürgerentscheid respektieren; Ausbau Umweltverbund.	Zügige Umsetzung; umfassende Mobilitätsstrategie.	Kosten kritisch prüfen; Alternativen betrachten.	Nicht finanzierbar; autonome Kleinbusse bevorzugt.	Moratorium bis Haushaltsklarheit.
Kinder- & Senioren- betreuung	Ausbau fortsetzen; Arbeitsbedingungen verbessern.	Bessere Löhne; tarifliche Unterstützung.	Bedarfsge-rechte Planung; Ausbau Ganztags.	Ausbau plus betriebliche Modelle.	Betreuungsschlüssel angleichen; Demenzheim planen.	Ausbildung stärken; ambulante Pflege fördern.
Erlangen- Pass	Weitere Digitalisierung und Niedrigschwelligkeit.	Automatische Zusage bei Leistungsbezug.	Partizipative Vereinfachung.	Entbürokratisierung anstreben.	Digitalisierung und KI-Unterstützung.	Digitale Antragstellung vereinfachen.
Tarif- treue/Vergabe	Grundsätzlich offen; rechtssicher ausgestalten.	Hohe Priorität; klare Einführung.	Konkrete Initiative zur Verschärfung.	Begrenzte Spielräume ohne Landesgesetz.	Keine Initiative geplant.	Politisch sinnvoll, aber rechtlich prüfen.

Ladenöffnungszeiten & Sonntagschutz	Wenige klar begrenzte verkaufsoffene Sonntage (1-2/Jahr) und einzelne Einkaufsnächte vertretbar; Sonntagschutz bleibt wichtig.	Keine Ausweitung; Werktags 7-20 Uhr; Sonntag bleibt grundsätzlich geschützt.	Sehr zurückhaltend; nur wenige klar begründete Anlässe; keine weitere Aufweichung des Sonntagssschutzes.	Ausnahmen im Rahmen landesrechtlicher Möglichkeiten; wirtschaftliche Belange berücksichtigen.	Weitgehende Liberalisierung des Ladenöffnungssetzes befürwortet.	Schutz des arbeitsfreien Sonntags; begrenzte Ausnahmen mit klaren Kriterien.
--	--	--	--	---	--	--

3. Abgleich mit den Forderungen des DGB

Bayern zur Kommunalwahl 2026]

Die folgende Gegenüberstellung ordnet die Positionen der Kandidat*innen in Bezug auf zentrale Forderungen des DGB Bayern ein. Grundlage sind insbesondere die Themenbereiche Kommunalfinanzen, öffentliche Daseinsvorsorge, Gute Arbeit sowie Mobilität und Wohnen.

DGB-Forderung 	SPD 	Linke 	Grüne 	CSU 	FDP 	Freie Wähler 
Kommunale Handlungsfähigkeit sichern (verlässliche Einnahmen, Investitionen in Infrastruktur)	Teilweise Übereinstimmung: Priorisiert Investitionen, fordert bessere Finanzausstattung durch Bund/Land.	Hohe Übereinstimmung: Will Einnahmen durch höhere Gewerbesteuer stärken.	Teilweise Übereinstimmung: Setzt auf Fördermittel und wirtschaftliche Stabilisierung.	Teilweise Übereinstimmung: Wirtschaft stärken, aber keine strukturelle Steuerreform.	Geringe Übereinstimmung: Fokus auf Steuersenkung statt Einnahmestabilisierung.	Teilweise Übereinstimmung: Einnahmen verbreitern, vorsichtige Haushaltsführung.
Daseinsvorsorge stärken (Betreuung, Pflege, Wohnen, Mobilität öffentlich sichern)	Hohe Übereinstimmung: Ausbau Betreuung, Wohnungsbau und StUB.	Hohe Übereinstimmung: Starke öffentliche Steuerung im Wohnen und Sozialbereich.	Hohe Übereinstimmung: Ausbau Betreuung, Wohnraum und Mobilität.	Teilweise Übereinstimmung: Ausbau, aber wirtschaftliche Grenzen betont.	Geringe Übereinstimmung: Markt- und Technologieorientierung im Vordergrund.	Teilweise Übereinstimmung: Soziale Kernbereiche schützen, Großprojekte prüfen.
Tariftreue und gute Arbeit bei Vergabe stärken	Teilweise Übereinstimmung: Offen für rechtssichere Ausgestaltung.	Hohe Übereinstimmung: Klare Priorität für Tariftreue.	Hohe Übereinstimmung: Konkrete Initiative zur Verschärfung der Vergabeordnung.	Geringe Übereinstimmung: Verweist auf fehlende Landesgrundlage.	Keine erkennbare Übereinstimmung: Keine Initiative geplant.	Teilweise Übereinstimmung: Politisch sinnvoll, aber Prüfbedarf betont.

DGB-Forderung 	SPD 	Linke 	Grüne 	CSU 	FDP 	Freie Wähler 
Mobilität als soziale Infrastruktur ausbauen	Hohe Übereinstimmung: Umsetzung StUB, Ausbau ÖPNV.	Hohe Übereinstimmung: Ausbau Umweltverbund, soziale Tarifgestaltung.	Hohe Übereinstimmung: Klare ökologische Mobilitätsstrategie.	Teilweise Übereinstimmung: Bus- und Radverkehr stärken, StUB kritisch.	Geringe Übereinstimmung: Ablehnung StUB, Fokus auf autonome Systeme.	Teilweise Übereinstimmung: Moratorium StUB, aber Mobilitätsausbau grundsätzlich befürwortet.
Bezahlbaren Wohnraum gemeinwohlorientiert stärken	Hohe Übereinstimmung: 30%-Quote und Stärkung GEWOBAU.	Sehr hohe Übereinstimmung: Quote erhöhen, starke kommunale Steuerung.	Hohe Übereinstimmung: Quote als Mindestmaß, Fördermittel einfordern.	Teilweise Übereinstimmung: Quote flexibel handhaben.	Geringe Übereinstimmung: Schwerpunkt auf Bauvereinbarung.	Teilweise Übereinstimmung: Sozialgerechte Bodennutzung, finanzielle Vorsicht.

Hinweis: Die Einordnung ('hohe', 'teilweise', 'geringe Übereinstimmung') stellt eine zusammenfassende Bewertung auf Grundlage der veröffentlichten Antworten dar und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit politischer Positionierungen.

